



Positionspapier – Pfadfinder*innen zeigen Haltung – Rechtspopulistischen, rechtsradikalen und antifeministischen Parteien entgegentreten

Als Pfadfinderinnenschaft St. Georg ist für uns selbstverständlich: rechte Hetze, Hass und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz. Mit unserem Grundlagenbeschluss „Wir schauen nicht zu – Pfadfinder*innen zeigen Haltung“ zeigen wir klar unsere Position und machen deutlich wofür wir als Pfadfinder*innen stehen und wogegen wir uns immer und überall stark machen. Egal ob mit Bluse und Halstuch im Lager oder im Alltag. Seit 2017 sitzt mit der AfD – Alternative für Deutschland eine offen rechtspopulistische Partei im Deutschen Bundestag. Unsere Grundlagen, unserer pfadfinderischen Werte und Überzeugungen und unsere Beschlüsse sind nicht mit dem Weltbild, den politischen Forderungen und den Überzeugungen rechtspopulistischer, rechtsradikaler oder antifeministischer Parteien oder Organisationen, wie der AfD, vereinbar.

- Wir stehen als Pfadfinder*innen klar für eine offene, vielfältige, bunte und tolerante Welt und setzen uns aktiv gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung ein.
- Wir zeigen, wo immer es möglich und nötig ist, klar Haltung für Demokratie und Vielfalt sowie die unantastbare Würde des Menschen und nehmen unsere Rolle als aktiver Teil der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen wahr.
- Wir machen klar, dass Antifeminismus demokratiegefährdend ist. Wenn Frauen* massiv eingeschüchtert werden und versucht wird, sie zum Schweigen zu bringen, wenn ihnen der Zugang zu politischen Ämtern verwehrt werden soll, wenn Errungenschaften im Bereich der Gleichstellung rückgängig gemacht werden sollen, dann nehmen wir das nicht hin, sondern setzen uns aktiv dagegen ein. Die Beseitigung von Sexismus, die Umsetzung von Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen und die Stärkung weiblicher Selbstbestimmung sind für uns als Mädchen*- und Frauen*verband unverhandelbare Forderungen.



- Wir überlassen rechtspopulistischen, rechtsradikalen oder antifeministischen Parteien oder Organisationen, wie der AfD, nicht die Deutungshoheit über gesellschaftliche Ereignisse und wenden uns aktiv gegen die Normalisierung rassistischer, antifeministischer, antisemitischer, ableistischer, homo-, bi-, inter- und transfeindlicher und allgemein diskriminierender Thesen und Sprache.
- Wir ermutigen unsere Diözesanverbände und Stämme, sich in ihrer Rolle als katholischer Verband und als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft aktiv und offen gegen Demokratiefindlichkeit und Rechtspopulismus zu positionieren, sich mit ihrer Stimme an Kundgebungen und Demonstrationen zu beteiligen und dort als Pfadfinder*innen Gesicht für eine vielfältige, solidarische und offene Gesellschaft zu zeigen.

FÜR UNS HEIßT DAS:

- Wir werden rechtspopulistischen, rechtsradikalen oder antifeministischen Parteien, wie der AfD, keine Bühne für ihre menschenverachtenden Positionen bieten und nehmen nicht an Veranstaltungen rechtspopulistischer, rechtsradikaler oder antifeministischer Parteien oder Organisationen, wie der AfD, teil.
- Wir prüfen die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter, an denen rechtspopulistische, rechtsradikale oder antifeministische Parteien oder Organisationen, wie die AfD, beteiligt sind. Nicht, um einer inhaltlichen Konfrontation aus dem Weg zu gehen, sondern in dem Wissen, dass die Argumentationsmuster und das Auftreten von zum Beispiel AfD Vertreter*innen selten eine ernsthafte politische Diskussion zulassen und stattdessen oft bewusst provoziert und eskaliert wird. Jedoch ist uns auch klar, dass je öffentlicher die Debatte geführt wird, desto wichtiger ist die Sichtbarkeit von Gegenpositionen demokratischer Verbände.
- Wenn rechtspopulistische, rechtsradikale oder antifeministische Parteien oder Organisationen, wie die AfD, versuchen, unsere Häuser oder Räume zu buchen oder sich für Veranstaltungen anmeldet bzw. versucht Zugang zu diesen zu bekommen, machen wird vom Hausrecht Gebrauch. Das Hausrecht ermöglicht, bestimmte Personen oder Personenkreise bereits in der Einladung zur Veranstaltung nach § 6 Versammlungsgesetz (VersG) von der Teilnahme auszuschließen (siehe dazu auch Neutralitätsgebot). Teilnehmer*innen, welche die Veranstaltung durch rassistische und/oder diskriminierende Äußerungen jeglicher Art „gröblich stören“, können nach § 11 VersG durch die Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden.



- Wir nutzen die uns möglichen Methoden politischer Bildung, um Ziele und Strategien von rechtspopulistischen, rechtsradikalen oder antifeministischen Parteien und Organisationen aufzuzeigen, setzen und mit deren Inhalten, Inszenierungen und Politikformen auseinander und befähigen unsere Mitglieder, diese zu hinterfragen und zu dekonstruieren. Über die Teilnahme an z.B. U18 Wahlen leisten wir unseren Beitrag dazu, dass Pfadfinder*innen zu mündigen Bürger*innen heranwachsen, die den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mit klarer Haltung mitgestalten.
- Im parlamentarischen Alltag werden wir nur die notwendige Kommunikation mit Vertreter*innen rechtspopulistischer, rechtsradikaler oder antifeministischer Parteien, wie der AfD, durchführen, wenn deren Vertreter*innen in parlamentarischen Funktionen sind (Ausschussmitglieder, Ausschussvorsitz, Kinderkommission). Wir setzen uns mit deren Fraktionen im Parlament dann auseinander, wenn sie Positionen zu jugend- oder frauenpolitischen Fragen oder Fragen der Jugendverbandsarbeit einnehmen.
- Wir lassen uns durch Angriffe in Parlamenten, z.B. über den Missbrauch parlamentarischer Anfragen hinsichtlich der Förderung von (antirassistischen) Projekten oder einzelnen Jugendverbänden, nicht einschüchtern. Wir appellieren an Politiker*innen der demokratischen Parteien, sich ebenfalls solidarisch mit den Betroffenen zu zeigen und eine klare Haltung gegenüber rechtspopulistischen, rechtsradikalen oder antifeministischen Parteien, wie der AfD, einzunehmen.
- Wir vernetzen uns und tauschen Erfahrungen innerhalb unserer Strukturen, unserer Dachorganisationen und Organisationen, in denen wir Mitglied sind (BDKJ, rdp, DBJR, IDA e.V.) aus.

Einstimmig beschlossen von der PSG-Bundesversammlung am 29. Mai 2021